

Versprochene Steuersenkungen: Schritt für Schritt zurück – oder: was der Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP wert ist

Der Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP ist anscheinend nicht einmal das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde.

Bereits wenige Tage nach Unterzeichnung des mit viel vagen oder leeren Versprechungen und heißer Nadel gestrickten Koalitionsvertrags äußern selbst Vertreter der neuen Regierung Zweifel an der Realisierbarkeit von Steuererleichterungen: Zuerst ruderte die Kanzlerin zurück: "Wir versuchen, die Dinge, die wir verabredet haben, umzusetzen", sagte sie am 28. Oktober in der ARD.

Der neue Bundesfinanzminister, Wolfgang Schäuble, wollte zunächst keine definitive Zusage zu Steuerentlastungen machen, meinte aber, dass man in einer Krise wie der derzeitigen Schulden machen müsse, um Wachstum zu fördern. Ganz nebenbei wollte er sogar Steuererhöhungen nicht mehr ausschließen.

Mittlerweile stoßen die Steuerpläne der neuen Bundesregierung auch bei einigen Bundesländern auf Widerstand, weil sie Einnahmeausfälle befürchten: das Saarland, Bremen, Hamburg und Thüringen haben angekündigt, das Vorhaben notfalls im Bundesrat zu blockieren, Berlin erwägt eine Verfassungsklage.

Unser Fazit: Die Wahlversprechen von Union und FDP – leichtfertig oder fahrlässig oder bewusst getäuscht ? – waren und sind unseriös, und sie sind gefährlich für die weitere wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes.

Informationen aus: „Hamburger Abendblatt“ v. 29.10.2009